

Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse in der BRD

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main Liebigstraße 6

Verfasser: Dipl. Volkswirt Gerhard Bessau

Abschlußtermin dieses Berichts: 5. Juni 1970

Erscheint in der NACHRICHTEN -Verlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Friedberger Landstraße 307. Für Abonnenten der NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis enthalten; Einzelpreis 1,— DM.

Druck: Plambeck & Co., 235 Neumünster.

Nr. 1/1970 (Juni)

Diese INFORMATIONEN erscheinen jeweils im März, Juni, September und im Dezember. Zu Sonderentwicklungen und ausgewählten Komplexen erscheinen Sonderberichte.

Die INFORMATIONEN fassen unter einer festen Systematik die wichtigsten Kennziffern zur Wirtschaftsentwicklung und zur ökonomischen Lage der Arbeiterklasse zusammen. Diese Systematik wird in allen laufenden Berichten durchgehalten. So soll dem Leser die schnelle Orientierung und der Vergleich mit vorangegangenen Perioden ermöglicht werden.

Materialgrundlage dieser INFORMATIONEN sind Veröffentlichungen der amtlichen Statistik, staatlicher Behörden, bürgerlicher Wirtschaftsinstitute, der Unternehmerverbände usw. Es ist zu berücksichtigen, daß deren Kennziffern und Zahlenangaben häufig die Zusammenhänge verschleiern und die für die Arbeiterklasse un-

günstigen Entwicklungen abmildern. Trotzdem können sie in vielen Fällen zur Grundlage einer Argumentation im Interesse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Forderungen gemacht werden.

Die INFORMATIONEN wenden sich in erster Linie an Gewerkschafter, Belegschaftsvertreter in den Betrieben, Betriebszeitungsredakteure usw. Sie erheben nicht den Anspruch auf eine umfassende Konjunkturanalyse. Sie wollen den Blick auf die für die Lage der Arbeiter und Angestellten und ihre betrieblichen und gewerkschaftlichen Forderungen wichtigsten Entwicklungstendenzen und Tatsachen lenken. Dazu sollen entsprechende statistische Angaben vermittelt werden.

Herausgeber und Verfasser bitten um kritische Anmerkungen und Vorschläge. Wir werden bemüht sein, jede Kritik im Sinne der Verbesserung der INFORMATIONEN zu berücksichtigen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Industrieproduktion
- 1.3 Außenwirtschaft
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Beschäftigung
- 1.6 Umsatz je Beschäftigten

2 Die Unternehmergewinne

- 2.1 Bruttogewinne
- 2.2 Nettogewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Arbeitszeit

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

- 4.1 Einkommensverteilung
- 4.2 Vermögensverteilung

5 Zusammenfassung

Statistische Begriffe und Abkürzungen (Seite 8)

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt ist eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Kennziffern. Es mißt die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft, erfaßt allerdings auch jene Bereiche, die keine im eigentlichen Sinne produktiven wirtschaftlichen Leistungen erbringen (Verwaltung, Verteilung, Rüstung usw.). Insgesamt ist es um etwa 20 % überhöht, da nur 80 % der in der amtlichen wirtschaftlichen Gesamtrechnung aufgeführten Wirtschaftsbereiche an der materiellen Produktion beteiligt sind. Das Bruttoinlandsprodukt weicht (allerdings nur minimal) vom Bruttosozialprodukt ab, weil es zusätzlich den Saldo der Einkommensströme zwischen In- und Ausland berücksichtigt. Das Bruttoinlandsprodukt der BRD betrug 1969 601,4 Mrd. DM und teilte sich wie folgt auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche auf:

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt (Anteile in %)

Jahreszahl	Land- u. Forstwirtschaft	Warenprod. Gewerbe	Handel u. Verkehr	Dienstleistg.	Staat, Haushalte etc.
1965	4,3	54,1	19,3	12,7	9,7
1966	4,2	53,3	19,2	13,1	10,1
1967	4,1	51,8	19,5	14,0	10,6
1968	3,8	53,1	18,9	13,9	10,3
1969	3,6	53,9	18,4	13,8	10,3

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68)

Das warenproduzierende Gewerbe, wozu Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Bergbau usw. zählen, ist also mit über 50 % Anteil am Sozialprodukt der wichtigste Wirtschaftsbereich.

Das Jahr 1969 brachte die höchste Zuwachsrates des Sozialprodukts, die in den 60er Jahren erreicht wurde. Gegenüber 1968 betrug die Zunahme

- unter Zugrundelegung der jeweiligen Marktpreise (nominal) 11,5 %
- unter Zugrundelegung der Preise von 1962, d.h. unter Ausschaltung der laufenden Preissteigerungen (real) 7,9 %.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

	In Mrd. DM zu jewell. Preisen	Veränderung zu jewell. Preisen	gegenüber dem Vorjahr zu Preisen von 1962
1965	462,0	+ 9,4	+ 5,7
1966	492,1	+ 6,5	+ 2,8
1967	496,1	+ 0,8	— 0,3
1968	539,2	+ 8,7	+ 7,0
1969	601,4	+ 11,5	+ 7,9

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 68)

Bereits die Sozialproduktentwicklung des Jahres 1969 deutet also auf eine ausgesprochene Hochkonjunktur hin. In dem Gemeinschaftsgutachten von sechs westdeutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten (abgeschlossen am 24. 4. 1979) wird das Wachstum des Brutto-sozialprodukts für 1970 gegenüber 1969

- auf + 12 % zu jeweiligen Preisen
- auf + 5 % zu Preisen von 1960

geschätzt. (Vgl. DIW-Wochenbericht, 18 - 19/1970, S. 132)

Mit einem Abflauen der Hochkonjunktur (und der Inflation, die sich aus der Differenz zwischen nominalem und realem Zuwachs ergibt) wird also von seiten der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler nicht gerechnet.

1.2 Industrieproduktion

Die Industrie ist der mit Abstand herausragende Wirtschaftssektor der Bundesrepublik. Die Zunahme der industriellen Produktion von 12,5 % war noch stärker als die des Sozialprodukts. Während der Bergbau und die meisten Konsumgüterindustrien unterhalb des industriellen Durchschnittszuwachses bleiben, erreichen die meisten Zweige der Metallindustrie sowie die chemische Industrie z.T. wesentlich höhere Steigerungsraten als 12,5 %. Die folgende Tabelle informiert über die industrielle Nettoproduktion (einschl. Bergbau und Bauhauptgewerbe) anhand von Indexzahlen:

Index der industriellen Nettoproduktion

	(1962 = 100) 1965	1966	1967	1968	1969	Verändrg. 1969 geg. 1968 in %
Industrie insgesamt	118,2	120,3	117,4	131,2	147,6	+ 12,5
Kohlenbergbau	96,7	91,0	83,4	85,2	86,5	+ 1,5
Eisensch.						
Industrie Chemische	112,6	108,2	112,4	128,8	145,2	+ 12,7
Industrie Maschinenbau	135,4	148,7	161,6	189,0	216,9	+ 14,8
Straßenfahrzeugbau	110,2	109,5	101,8	107,9	124,6	+ 15,5
Elektrotechnische	123,3	127,0	108,4	135,4	164,3	+ 21,3
Industrie Textilindustrie	123,8	122,6	120,2	141,4	166,3	+ 17,6
Nahrungs- und Genußmittel-industrie	108,7	109,2	101,9	118,2	129,9	+ 9,9
	115,2	118,8	121,4	128,2	134,1	+ 4,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1969, S. 86; 2/1970, S. 89)

Die ersten Daten für 1970 weisen auf ein auch gegenüber 1969 stark ansteigendes Wachstum hin. Für die gesamte Industrie betragen die Nettoproduktionsindizes:

	1969	1970
Januar	130,7	143,3
Februar	137,6	150,9
März	143,8	159,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/1970, S. 289)

Auch die Indices der Auftragseingänge sprechen für eine Fortdauer der Hochkonjunktur im Jahre 1970. Der Index der Auftragseingänge (1962 = 100) in der Industrie betrug:

	1969	1970
Januar	161	172
Februar	161	183
März	183	197

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/1970, S. 288)

Die Zahlen über die Entwicklung des Umsatzes geben an, wie stark die Produktionssteigerung 1969 von der Exportentwicklung abhängig war. Dies war in noch erheblicherem Maße als im Vorjahr der Fall:

Umsatz der Industrie

	1968	%	1969	%	Zunahme 1969 gegenüber 1968 in %
	In Mrd. DM		In Mrd. DM		
Gesamtumsatz	405,6	100	470,5	100	16,0
Inlandsumsatz	325,2	80,2	376,7	80,1	15,8
Auslandsumsatz	80,4	19,8	93,8	19,9	16,7

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 85)

Es handelt sich um die Umsätze der Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, ohne Bauindustrie sowie ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung. Die Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer ist in den Zahlen nicht enthalten.

Im Januar 1970 lag der Umsatz der Industrie um 12,1 % höher als im Januar 1969, der Auslandsumsatz sogar um 17,1 %. (Wirtschaft und Statistik, 4/1970, S. 224)

Rund 70 % des Auslandsumsatzes entfielen 1968 wie 1969 auf fünf Industriezweige, die auch überdurchschnittliche Produktionssteigerungen aufzuweisen hatten:

Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige

	1968		1969	
	In Mrd. DM	In % des Auslands- umsatzes	In Mrd. DM	In % des Auslands- umsatzes
Maschinenbau	16,6	20,7	19,4	20,7
Straßenfahrzeugbau	13,3	16,5	15,4	16,4
Chemische Industrie	12,9	16,1	14,9	15,9
Elektrotechnische				
Industrie	8,1	10,0	9,5	10,1
Eisenschaffd. Industrie	5,2	6,5	6,4	6,8
Auslandsumsatz insgesamt	80,4	100,0	93,8	100,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 85)

Die Zahlen über die Produktion und den Umsatz der Industrie weisen auf eine immer noch andauernde Hochkonjunktur hin. Die Bedingungen für eine aktive Lohnpolitik sind also nach wie vor außerordentlich günstig.

Die Zahlen über die Entwicklung des Auslandsumsatzes verdeutlichen aber auch die große Abhängigkeit der westdeutschen Industrie von ausländischen Absatzmärkten. Die ständige Bedrohung der nicht tariflich abgesicherten Lohnbestandteile und der Arbeitsplätze, die hierin liegt, bildet ein wichtiges Druckmittel der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse. Eine Minderung dieser Bedrohung hätte zur Voraussetzung, daß die Arbeiterklasse über ihre gewerkschaftlichen Organisationen an der Kontrolle der staatlichen Wirtschaftspolitik und der Konzerne entscheidend mitbeteiligt wird.

1.3 Außenwirtschaft

Wie schon aus den Daten über den Auslandsabsatz der Industrie hervorgeht (vgl. Abschnitt 1.2), hat sich die Exportorientierung der westdeutschen Wirtschaft 1969 noch verstärkt. Besonders bemerkenswert ist, daß nicht nur der Außenhandel, sondern auch der Kapitalexport stark anstieg. (Eine positive Handelsbilanz bedeutet, daß die Warenexporte die Warenimporte übertreffen; eine negative Kapitalbilanz bedeutet, daß die Kapitalexporte die Kapitalimporte übertreffen.)

Handels- und Kapitalbilanz (in Mrd. DM)

	Handelsbilanz	Kapitalbilanz
1965	+ 1,2	+ 2,1
1966	+ 8,0	+ 0,7
1967	+ 16,9	— 9,6
1968	+ 18,4	+ 6,8
1969	+ 15,6	— 19,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/1970, S. 65*)

1969 erzielte die BRD also im Außenhandel einen Exportüberschuß von 15,6 Mrd. DM. Der Kapitalabfluß ins Ausland betrug sogar 19 Mrd. DM.

Aus den Angaben für die ersten Monate des Jahres 1970 ist der weitere Aufschwung des Exportgeschäftes ersichtlich. Nach einer durch die Aufwertung und damit verbundenen Verteuerung des Exports bedingten kurzfristigen Stagnation wurde im März 1970 wieder ein Außenhandelsüberschuß von fast 1,5 Mrd. DM erzielt. Das waren 191 Mio. DM mehr als im Vormonat und nur 970 Tsd. DM weniger als in einem der Rekordmonate, dem Monat März 1969.

Durch die hohen Exportüberschüsse, aus denen die Konzerne enorme Profite erzielen, wird das Güterangebot auf dem inneren Markt automatisch verringert. Dies wiederum erlaubt es den Unternehmern, auch hier über höhere Preise größere Profite zu erzielen. Die extrem hohen Exportüberschüsse sind also eine der Ursachen für die gegenwärtige Preisexplosion in der BRD. (Vgl. Teil 3.4)

Mit den ständig steigenden Kapitalexporten, die für die Unternehmer hohe Profite erbringen, fließen jährlich erhebliche Mittel aus der Wirtschaft der BRD ins Ausland ab. Dies ist einer der Gründe dafür, daß es in der BRD an den dringend benötigten Investitionsmitteln für die Infrastruktur, insbesondere für das Bildungswesen, das Gesundheitswesen und das Verkehrswesen fehlt. Ein Teil dieser Mittel soll nun u. a. von der Arbeiterklasse über den Weg des Zwangsparens, wofür man die Bezeichnung „Vermögensbildung“ gewählt hat, aufgebracht werden, um den Unternehmern für Investitionen den Weg der Selbstfinanzierung offenzuhalten. Der Kapitalmarkt soll per Saldo entlastet werden.

1.4 Investitionen

Ein weiterer wichtiger Anhaltspunkt für die allgemeine wirtschaftliche Situation ist die Investitionstätigkeit. Seit 1965 ergibt sich für die Bruttoanlageinvestitionen (Ausrüstungs- und Bauinvestitionen) folgende Entwicklung (hierbei ist die Investitionstätigkeit der Unternehmer und des Staates zusammengefaßt):

Jahr	Bruttosozialprodukt (BSP) zu jeweil. Preisen in Mrd. DM	Bruttoanlageinvestitionen in Mrd. DM	%-Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BSP
1965	460,4	122,2	26,5
1966	490,7	126,3	25,8
1967	494,6	114,4	23,1
1968	538,5	124,8	23,2
1969	601,0	146,9	24,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 210*)

Zwischen 1967 und 1969 stieg also das Investitionsvolumen um mehr als 32 Mrd. DM. Die Zunahme ist vor allem 1969 beträchtlich (rund 22 Mrd. DM). Jedoch wurde der prozen-

tuale Anteil am Sozialprodukt (siehe Teil 1.1) von 1965 (26,5 %) auch 1969 (24,4 %) noch nicht wieder erreicht. Das Absinken der Investitionstätigkeit 1967 ist Ausdruck der Krise in jenem Jahr. Die Entwicklung der Produktion und der Inlandsaufträge bei den Investitionsgüterindustrien sind entscheidende Kennziffern für die gegenwärtige und zukünftige konjunkturelle Lage. Im Dezember 1969 lag der Produktionsausstoß der Investitionsgüterindustrien um 12,6 % höher als im Dezember 1968. Dieser Trend hat sich auch in den ersten Monaten des Jahres 1970 fortgesetzt. Im März 1970 lag der Ausstoß 17 % höher als im März 1969. Vor allem Konzerne und Staat sind bestrebt, den Anteil der Anlageinvestitionen am Sozialprodukt weiter zu steigern. Nach Schätzungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) wird die Selbstfinanzierungsquote 1970 etwa 80 % betragen. Die Bruttoeinlageinvestitionen sollen einen Umfang von fast 160 Mrd. DM und damit fast 25 % des Brutto-sozialprodukts erreichen.

Dafür sprechen auch die Angaben über die Inlandsauftrags-eingänge der Investitionsgüterindustrie. Nimmt man den Stand von 1962 = 100, so ergeben sich für Monat Februar 1969 = 157,7 und für Februar 1970 = 187,4. Nach dem ifo-Konjunkturtest (Bericht vom 16. 4. 1970) stieg der Auftragsbestandsindex der Investitionsgüterindustrie von Dezember 1969 bis März 1970 um 24,3 Punkte, so daß eine Produktionsauslastung für 7 Monate als gesichert ausgewiesen wird. Im gleichen Zeitraum stieg das Auftragsvolumen des Maschinenbaus sogar um 36 Indexpunkte.

Eine Stagnation, ganz zu schweigen von einem Rückgang der Anlageinvestitionen, ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Damit ist aber auch einer der wichtigsten inneren Faktoren für einen weiteren wirtschaftlichen Zuwachs gegeben. Diese Ansicht wird auch in dem Gutachten der sechs Forschungsinstitute (vgl. Teil 1.1) vertreten, die den Zuwachs der Anlageinvestitionen für 1970

— auf + 20,5 % zu jeweiligen Preisen

— auf + 8,5 % zu Preisen von 1962

vorausschätzen, (Vgl. DIW-Wochenbericht, 18-19/1970, S. 132)

1.5 Beschäftigung

Auch im Jahre 1969 nahm der Anteil der Arbeiterklasse an der werktätigen Bevölkerung weiter zu. 1969 waren von 26,6 Millionen Erwerbstätigen 21,8 Mio (= 82 %) Arbeiter, Angestellte und Beamte. Im einzelnen betrug die Zahl der — Arbeiter 12,4 Mio.
— Angestellten 7,5 Mio.
— Beamten 1,9 Mio.

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 136)

Die Industriebeschäftigung nahm 1969 um mehr als 5 % zu:

	Industrie-Beschäftigte in Mio	Insgesamt Veränderung in %	darunter Arbeiter	
			In Mio	Veränderung in %
1965	8,5	+ 1,9	6,6	+ 13
1966	8,4	— 0,9	6,5	— 1,9
1967	7,8	— 6,5	5,9	— 8,1
1968	7,9	+ 0,7	6,0	+ 0,7
1969	8,3	+ 5,2	6,3	+ 5,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 158*)

Die folgende Tabelle über die Zahl der Arbeitslosen, der offenen Stellen und der Kurzarbeiter zeigt, daß das Arbeitskräftepotential der BRD 1969 ausgeschöpft war:

Arbeitslose, offene Stellen und Kurzarbeiter in der BRD (in Tsd.)

	Arbeitslose (I)	Offene Stellen (II)	Differenz (II) — (I)	Kurzarbeiter
1965	147	649	+ 502	1
1966	161	540	+ 379	16
1967	459	302	— 157	143
1968	323	488	+ 165	10
1969	179	747	+ 568	—

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 66*)

Erste Zahlen für Anfang 1970 zeigen, daß die angespannte Arbeitsmarktsituation im laufenden Jahr eher noch schärfer wird.

So waren im Januar 1970 etwa 1,57 Mio. ausländische Arbeitskräfte in der BRD beschäftigt, d. h. 0,44 Mio. mehr als im Januar 1969 und 0,67 Mio. mehr als im Januar 1968. Die Zahlen der Arbeitslosen und der offenen Stellen für Januar (einem Monat, der durch hohe Arbeitslosenzahlen unter den Bauarbeitern bestimmt ist) vermitteln ein ähnliches Bild:

Arbeitslose und offene Stellen (in Tsd.)

Januar	Arbeitslose (I)	Offene Stellen (II)	Differenz
1967	621	255	— 366
1968	673	303	— 370
1969	369	550	+ 181
1970	287	723	+ 436

(Quelle: Amtl. Nachr. d. BfA, 3/1970, S. 167 ff.)

Für die westdeutsche Arbeiterklasse sollte sich hieraus ebenfalls die Konsequenz ergeben, daß in ihrem Interesse eine aktive Lohnpolitik weiterhin unerlässlich ist. Das Zusammenfallen von Hochkonjunktur und ausgeschöpftem Arbeitskräftepotential wird allen mit der notwendigen Entscheidung vorgetragenen Forderungen nach Lohnerhöhungen und nach tariflicher Absicherung nichttariflich gesicherter Lohnbestandteile ein Gewicht geben, dem die Unternehmer Rechnung tragen müssen.

1.6 Umsatz je Beschäftigten

Bereits ein Vergleich der Zahlen über den Industrieumsatz und die Industriebeschäftigung (vgl. Teil 1.2 und Teil 1.5) läßt erkennen, daß die Zunahme der industriellen Produktion weniger die Folge einer zunehmenden Beschäftigung oder einer Ausdehnung des durchschnittlichen Arbeitstages, als vielmehr Folge der wachsenden Arbeitsproduktivität war. Auch die Entwicklung der Umsätze pro Beschäftigten und pro geleistete Arbeiterstunde in der Industrie veranschaulicht diesen Sachverhalt:

Umsatz der Industrie (in DM)

Umsatz pro	1968	1969	Zunahme 1969 gegenüber 1968 in %
Beschäftigten	51 300,00	56 900,00	+ 10,9
Geleisteter Arbeiterstunde	35,80	39,40	+ 10,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 84 f.)

Die Umsätze pro Beschäftigten wie auch pro geleisteter Arbeiterstunde nahmen also zwischen 1968 und 1969 um mehr als ein Zehntel zu. Diese Zahlen für die letzten Jahre wie auch die entsprechenden Prognosen für das laufende Jahr zeigen, daß beträchtliche Lohn- und Gehaltserhöhungen erforderlich sein werden, wenn die Einkommen der Arbeiterklasse nicht weiter hinter die Produktivitätsentwicklung zurückfallen sollen.

2 Die Unternehmergewinne

2.1 Bruttogewinne

Die amtliche Statistik weist die Globalziffer Einkommen aus „Unternehmertätigkeit und Vermögen“ aus. In dieser Ziffer sind auch die entsprechenden Einkommen des Staates enthalten. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die etwa 2,9 Millionen Personen umfassende Gruppe der Selbständigen — neben dem Staat die Bezieher der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ — sehr uneinheitlich ist.

Sie umfaßt sowohl den kleinen Gewerbetreibenden wie den Großunternehmer.

Die Entwicklung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stellt sich für den Zeitraum 1965—69 für die BRD wie folgt dar:

Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr	in Mrd. DM	% Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1965	125,3	+ 8,1
1966	129,5	+ 3,4
1967	127,1	— 1,9
1968	149,3	+ 17,5
1969	160,0	+ 7,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 69)

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lagen 1968 = 17,3 % und 1969 = 7,3 % über dem jeweiligen Vorjahr. Nimmt man 1965 = 100, so stiegen sie bis 1969 auf 127,7.

2.2 Nettogewinne

Aussagekraft über die tatsächliche Steigerung und den Umfang der Gewinne besitzen annäherungsweise die Angaben über die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr	in Mrd. DM	% Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1965	96,1	+ 10,3
1966	99,3	+ 3,4
1967	97,2	— 2,1
1968	116,8	+ 20,2
1969	123,9	+ 6,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 71)

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen lagen 1968 = 20,1 % und 1969 = 6,6 % über dem jeweiligen Vorjahr. Nimmt man 1965 = 100, so stiegen sie bis 1969 auf 128,9.

Das bedeutet:

— 1965—69 stiegen die Nettoeinkommen der Unternehmer schneller als die Bruttoeinkommen (128,9 gegenüber 127,7). Im Gegensatz dazu stiegen die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit langsamer als die Bruttoeinkommen (122,7 gegenüber 130,2 — siehe Teil 3.1 und 3.3). Die Ursache dafür ist die Steuerpolitik des Staates: Sie begünstigt die Unternehmer und benachteiligt die lohnabhängig Beschäftigten.

— In den Jahren 1965—69 stiegen die Nettounternehmereinkommen — nimmt man 1965 = 100 — auf 128,9. Im gleichen Zeitraum stiegen die Gesamtnettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nur auf 122,7.

Diese Angaben zeigen besonders drastisch die Verschiebung der Einkommensverteilung zuungunsten der Arbeiter, Angestellten und Beamten, d. h. sie beweisen eindeutig die Benachteiligung der lohnabhängig Beschäftigten. Allerdings geben sie nur ein ungenaues Bild davon, wer bei den „Selbständigen“ die eigentlichen Nutznießer des Zuwachses sind.

Unter den 2,857 Millionen im März registrierten Selbständigen sind sowohl Bauern, Händler, Handwerker, freiberuflich Tätige wie auch Großunternehmer erfaßt. Ihr statistisches Durchschnittseinkommen belief sich für 1969 auf 43 500 DM; das sind monatlich 3625 DM.

Was sich hinter dieser Durchschnittszahl verbirgt, zeigt eine Einkommenserhebung für die 1,774 Millionen registrierten,

nicht in der Landwirtschaft tätigen Selbständigen. Von ihnen verfügten 75 % nur über ein Monatseinkommen bis 1800 DM (darunter 15,4 % unter 600 DM, 14,5 % 600–800 DM, 25,6 % 800–1200 DM). Wie die Aufschlüsselung zeigt, hatten 55,5 % sogar nur ein Monatseinkommen unter 1200 DM. Bezieht man die Selbständigen der Landwirtschaft in die Rechnung ein, so erhöht sich der Anteil der unteren Einkommensgruppen noch beträchtlich.

Die Hauptmasse der Selbständigeneinkommen konzentriert sich also auf eine zahlenmäßig kleine Schicht der Unternehmer und hier wiederum insbesondere auf die zahlenmäßig noch kleinere Gruppe der Großunternehmer. Deren Profile stiegen am schnellsten.

Diese Feststellung wird durch eine spezielle Untersuchung des Deutschen Wirtschaftsinstituts, Berlin, erhärtet. Es wurden die Bilanzen der 100 größten Aktiengesellschaften der Bundesrepublik und Westberlins, die 43 % des Aktienkapitals aller Ende 1968 bestehenden 2328 Aktiengesellschaften besaßen, entschlüsselt. Dabei ergab sich folgende Entwicklung der Nettoprofite:

	1966	1967	1968
in Mrd. DM	12,9	15,4	18,8
Index	100,0	119,4	145,7

(Quelle: DWI-Berichte, Nr. 1, 1970, S. 31)

Die großen Konzerne wie Bayer, BASF, Farbwerke Höchst, Siemens, AEG, Daimler-Benz, Opel usw. steigerten insgesamt also ihre Profite um nahezu die Hälfte.

Zum Vergleich: Während die großen Konzerne ihre Nettoprofite in den genannten 2 Jahren um 45,7 % steigerten, erhöhten sich die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, also der gesamten Arbeiterklasse, lediglich um 5 % (Siehe Teil 3.3)

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit entwickelten sich von 1965 bis 1969 in nachstehender Größenordnung:

1965	229,99 Mrd. DM	+ 10,3 % gegenüber dem Vorjahr
1966	247,56 Mrd. DM	+ 7,6 % gegenüber dem Vorjahr
1967	248,00 Mrd. DM	+ 0,2 % gegenüber dem Vorjahr
1968	266,02 Mrd. DM	+ 7,3 % gegenüber dem Vorjahr
1969	299,40 Mrd. DM	+ 12,5 % gegenüber dem Vorjahr
1. Hj. 1969	141,01 Mrd. DM	+ 11,7 % gegenüber dem Vorjahr
2. Hj. 1969	158,39 Mrd. DM	+ 13,3 % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 69 und 3/1970, S. 206*)

Aus den Zahlen ergibt sich eine Anhebung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Bruttolohn- und -gehaltssumme) — setzt man 1965 = 100 — bis 1969 auf 130,2. Daß dadurch nicht die wirkliche Einkommenserhöhung wiedergegeben wird, geht aus folgenden Darlegungen hervor.

Aus der Tabelle wird zunächst ersichtlich, daß es den Arbeitern und Angestellten 1969 — und hier insbesondere im 2. Halbjahr (Septemberstreik!) — gelang, die vor allem 1967 erlittenen Verluste teilweise auszugleichen.

Doch schon aus einer Aufgliederung der Bruttolohn- und -gehaltssumme pro Kopf der Beschäftigten ergibt sich ein anderes Bild:

Durchschnittsbruttolohn- und -gehalt (monatlich) je beschäftigten Arbeitnehmer

	in DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1965	775	+ 9,0
1966	831	+ 7,2
1967	857	+ 3,2
1968	909	+ 6,1
1969	994	+ 9,3
1969 1. Hj.	941	+ 7,9
1969 2. Hj.	1046	+ 10,6

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70 und 3/1970, S. 207*)

Es ist somit offenbar, daß der prozentuale Bruttolohnzuwachs je Beschäftigten in der Aufschwungperiode 1968/69 geringer war als der der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Die Summe verteilt sich auf eine größere Beschäftigtenzahl.

Ein detailliertes Bild ergibt sich aus der Betrachtung der Bruttoeinkommen einzelner Beschäftigtengruppen. Im folgenden die Angaben für die Industriearbeiter (es liegen hier nur Zahlen für Wochenlöhne vor):

Bruttwochenverdienste der Arbeiter in der Industrie im Jahresdurchschnitt

Jahr	Männer	in DM Frauen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
			Männer	Frauen
1965	205	128	+ 10,2	+ 10,7
1966	216	137	+ 5,3	+ 7,8
1967	215	138	— 0,8	+ 0,7
1968	228	146	+ 6,9	+ 6,4
1969	256	163	+ 11,0	+ 10,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1970, S. 215)

Diese Durchschnittszahlen enthüllen nicht die zum Teil erheblichen Lohndifferenzen von Betrieb zu Betrieb, von Region zu Region und von Wirtschaftszweig zu Wirtschaftszweig.

Sichtbar wird die nach wie vor vorhandene Diskriminierung der Arbeiterinnen; sie verdienten 1969 nur 63,6 % des Verdienstes der männlichen Industriearbeiter.

Über dem Durchschnittsverdienst der Arbeiter und Angestellten liegen die Gehälter der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie, Handel, Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe.

Ihr durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst betrug (in DM)

Jahr	Männer	Frauen
1965	1055	635
1966	1134	690
1967	1175	720
1968	1234	752
1969	1356	824

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1970, S. 215)

Die Diskriminierung der weiblichen Angestellten ist besonders ersichtlich. Sie erhalten nur 60,8 % der Verdienste ihrer männlichen Kollegen, was nicht allein auf Qualifikationsunterschiede zurückgeführt werden kann.

Vergleicht man die Steigerung seit 1965 (= 100), so ergibt sich im einzelnen für 1969:

— Gesamtbruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	130,2
— Durchschnittsbruttolohn, -gehalt je beschäftigten Arbeitnehmer (monatlich)	128,3
— Bruttowochenlohn männlicher Industriearbeiter	124,9
— Bruttomonatslohn der männlichen Industrieangestellten	128,5

Es zeigt sich demnach, schon bei der näheren Betrachtung der Bruttolöhne und -gehälter, daß die Einkommen pro Beschäftigten unter den Globalangaben liegen; daß insbesondere die Steigerungsraten für die Bruttolöhne der Industrie-

arbeiter unter den Globalziffern liegen, mit denen die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände ausschließlich operieren.

Ein besonderes Problem der gewerkschaftlichen Tarifpolitik ist die Diskrepanz zwischen Effektiv-(Brutto-)verdiensten und Tariflöhnen.

Seit vielen Jahren öffnet sich die Schere zwischen Effektiv- und Tariflöhnen. Das ist eine scharfe Waffe der Unternehmer gegen die Gewerkschaften. Aus diesem Grunde widersetzen sich die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und die ihr angeschlossenen Unternehmerverbände hartnäckig den gewerkschaftlichen Bestrebungen, über eine betriebliche Tarifpolitik die Tariflöhne und -gehälter ganz oder weitestgehend den Effektivverdiensten anzugleichen.

Die folgenden Gegenüberstellungen beruhen auf Berechnungen der Veränderung der Effektiv- und Tarifverdienste in ausgewählten Wirtschaftszweigen. Es wird die Differenz zwischen der Veränderungsrate der Effektivverdienste und der Veränderungsrate der Tarifverdienste gebildet. Dabei ergaben sich für die Vierteljahresperioden 1968 und 1969 folgende Veränderungen:

	1968				1969			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Arbeiter	+ 2,0	+ 4,2	+ 3,7	+ 3,7	+ 0,9	+ 3,2	+ 4,3	+ 4,2
Angest.	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,2	+ 5,4

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 15/70, 9. April 1970, S. 97)

Aus der Tabelle ist ersichtlich, daß besonders im 2. Halbjahr 1969 sich die Tendenz des Zurückbleibens der Tarifverdienste hinter den Effektivverdiensten verstärkte.

3.2 Steuern und Abgaben

Die unsoziale Steuer- und Abgabenpolitik führt dazu, daß die Belastung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten progressiv wächst und damit über den Steigerungssätzen der Bruttolöhne und -gehälter liegt.

Jahr	Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialvers. Mrd. DM	% Veränderung gegenüber Vorjahr	Lohnsteuer Mrd. DM	% Veränderung gegenüber Vorjahr
1965	18,72	+ 11,6	15,88	+ 1,3
1966	20,69	+ 10,5	18,79	+ 18,3
1967	21,13	+ 2,1	19,11	+ 1,7
1968	23,61	+ 11,7	21,85	+ 14,3
1969	27,45	+ 16,3	26,93	+ 23,2
1969 1. Hj.	12,88	+ 13,8	10,59	+ 21,3
1969 2. Hj.	14,57	+ 18,6	16,34	+ 24,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70 und 3/1970, S. 206)

Für 1968 und 1969 (und hier wiederum insbesondere für das 2. Hj.) ist darüber hinaus eine besonders starke Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (+ 11,7; + 16,3 und + 18,6) und der Lohnsteuer (+ 14,3; + 23,2 und + 24,5) offensichtlich.

Setzt man die Zahlen für 1965 = 100, so ergibt sich bis 1969 eine Steigerung
— der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung auf 146,6
— der Lohnsteuer auf 169,6

Zum Vergleich sei an die Entwicklung der Bruttowochenlöhne männlicher Industriearbeiter erinnert: Sie erreicht 1969 = 124,9.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Nettolohn- und -gehaltssumme ergibt sich aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit nach Abzug der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, der zusätzlichen sozialen Aufwendungen und der Lohnsteuer.

Seit 1965 ergab sich folgende Entwicklung:

Jahr	Nettolohn- und Gehaltssumme in Mrd. DM	% Veränderung gegenüber dem Vorjahr
1965	168,53	+ 11,4
1966	178,48	+ 5,9
1967	177,65	— 0,5
1968	187,29	+ 5,4
1969	206,72	+ 10,4
1969 1. Hj.	98,93	+ 9,7
1969 2. Hj.	107,79	+ 11,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70 und 3/1970, S. 206)

Schon der Vergleich der jährlichen Zuwachsraten zeigt, daß die Nettolohnsumme beträchtlich langsamer wuchs als die Bruttolohnsumme (1968 = + 5,4 zu + 7,3; 1969 = + 10,4 zu + 12,5; 2. Hj. 1969 = + 11,0 zu + 13,3 — siehe auch Teil 3.1).

Setzt man die Summe für 1965 = 100, so stieg die Nettolohn- und -gehaltssumme bis 1969 auf 122,7. Die Bruttolohnsumme stieg dagegen auf 130,2. Die Auswirkung der unsozialen Steuerpolitik ist unverkennbar.

Diese Tendenz wird bei der Betrachtung der Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer noch deutlicher:

Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer

Jahr	Monatsdurchschnitt in DM	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in %
1965	643	+ 9,9
1966	680	+ 5,8
1967	699	+ 2,8
1968	732	+ 4,7
1969	787	+ 7,6
1969 1. Hj.	760	+ 6,6
1969 2. Hj.	813	+ 8,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1970, S. 70 und 3/1970, S. 207)

Hierdurch wird klar, daß die Steigerungsraten pro Kopf 1965 und 1969 unter der Globalziffer liegen. Dabei sollte beachtet werden, daß sich die Summe auf eine gewachsene Beschäftigtenzahl verteilt.

Setzt man den Stand von 1965 = 100, so stiegen die durchschnittlichen Monatsnettolöhne und -gehälter 1969 auf 122,4. Vergleicht man das mit der Entwicklung der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit (128,9), ergibt sich trotz der 1969 gestiegenen Löhne eine nach wie vor beträchtliche Verzerrung der „sozialen Symmetrie“. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben auch 1970 gegenüber den Gewinnsteigerungen der Unternehmer in der vergangenen Periode einen großen Einkommensnachholbedarf.

Ein differenzierteres Bild, als Globalziffern und Durchschnittszahlen vermitteln können, erbringen Angaben zur Einkommensstruktur der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Eine amtliche Erhebung für März 1969 erbrachte folgende Angaben:

Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Nettoeinkommensgruppen (März 1969)

% Anteil an den Einkommensgruppen

	unter 300 DM	300—600 DM	600—800 DM	800—1200 DM	1200—1800 DM	über 1800 DM
Arbeiter	14,1	29,5	36,7	18,7	0,9	— = 100
Angest.	11,9	22,3	21,7	28,4	11,3	4,4 = 100
Beamte	0,6	5,8	16,4	41,8	26,5	8,7 = 100

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/1970, S. 137)

Hieraus ist ersichtlich:

— 80,3 % aller Arbeiter bezogen im März 1969 ein Ein-

kommen unter 800 DM; 43,6 % sogar unter 600 DM — 55,9 % aller Angestellten und 22,8 % aller Beamten fielen ebenfalls in die Einkommenskategorie unter 800 DM. Mehr als 88 % aller Arbeiterinnen und mehr als 57 % aller weiblichen Angestellten verdienten nach der gleichen Untersuchung im März 1969 weniger als 600 DM.

3.4 Preise

In den INFORMATIONEN des IMSF Nr. S 1/1970 wurde der voraussichtliche Preisauftrieb für 1970 auf insgesamt über 5 % geschätzt (S. 10). Es besteht kein Anlaß, von dieser Prognose abzugehen: Selbst die bürgerlichen Wirtschaftsinstitute, die die Preissteigerungen des privaten Verbrauchs für 1970 noch im Oktober 1969 auf + 2,5 % veranschlagten, erwarten inzwischen Preissteigerungen von + 4 % (vgl. Der Volkswirt, 18/1970, S. 6).

Die folgende Tabelle informiert über die Preisentwicklung bis März 1970 anhand von Indexzahlen:

Preisentwicklung (Index 1962 = 100)

Jahr	Lebenshaltungskosten	Wohnungsmieten	Einzelhandel insges.	Kohle und Mineralölverz.
1965	108,7	117,8	104,6	109,4
1966	112,7	127,1	106,7	110,6
1967	114,6	135,7	107,2	113,4
1968	116,4	146,0	107,2	118,0
1969	119,5	156,6	108,7	120,5
1969 April	119,1	155,8	108,5	116,0
1970 April	123,6	162,1	112,1	128,5

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/1970, S. 25* f.)

Zwischen April 1969 und April 1970 stieg also der Preisindex

- der Lebenshaltungskosten um 4,5 Punkte
- der Wohnungsmieten um 6,3 Punkte
- des Einzelhandels insgesamt um 3,6 Punkte
- der Kohle und Mineralölverz. um 12,5 Punkte.

Bei diesen Zahlen ist zu bedenken, daß sie auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind und daß sie für niedrige Einkommensgruppen etwas anderes bedeuten als für höhere Einkommensgruppen. So geben die unteren Gruppen wesentlich höhere Anteile ihres Einkommens für Mieten, Lebensmittel, Kohle usw. aus als höhere Gruppen. Bei ihnen sind daher die Lebenshaltungskosten zweifellos noch stärker gestiegen, als aus der vorangegangenen Tabelle ersichtlich ist.

Es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß der in den hier wiedergegebenen Zahlen erkennbare Preisauftrieb abflaut. Wahrscheinlicher ist eher das Gegenteil.

3.5 Reallohnentwicklung

Die Einkommenssituation der Arbeiterklasse kann nicht allein anhand der jeweiligen Brutto- oder Nettolöhne (Nominallohne) beurteilt werden. Letzten Endes entscheidend ist deren reale Kaufkraft, d. h. der Reallohn.

Die Reallohnsteigerungen errechnen sich aus der Differenz zwischen den Steigerungen der (nominalen) Nettolöhne und den Steigerungen der Lebenshaltungskosten.

Die Durchschnittsnettolöhne (siehe Teil 3.3) stiegen von 1968 auf 1969 um 7,6 %. Betrachtet man die beiden Jahre 1968 und 1969, so stiegen sie um 12,3 %.

Der Lebenshaltungskostenindex stieg von 1968 auf 1969 um 2,7 % und von 1967 auf 1969 um 4,3 % (siehe Teil 3.4).

Hieraus ergäbe sich rein statistisch eine Reallohnsteigerung für 1969 von 4,9 %, für den Zweijahreszeitraum 1968/69 von 8,0 %. Die durchschnittliche Steigerung für die letzten beiden Jahre lag nur um 4 %.

Diese Zuwachsrate wurde jedoch in Wirklichkeit keineswegs erreicht, da die Steigerung der Lebenshaltungskosten von 2,7 % auf einen Warenkorb bezogen ist, für die Arbeiterklasse und insbesondere die niedrigen Einkommensgruppen (vor allem der Rentner) jedoch spürbarer ist.

3.6 Arbeitszeit

Vergleiche der Brutto-, Netto- oder Realmonats- oder -wochenlöhne können nicht ohne Berücksichtigung der Entwicklung der jeweiligen Arbeitszeiten durchgeführt werden. Ein zutreffendes Bild ergibt sich nur dann, wenn die für gleiche Stundenzahlen gezahlten Löhne bzw. Gehälter verglichen werden.

Seit 1965 ergab sich folgende Veränderung:

Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten (bezahlte Wochenstunden) der Arbeiter in der Industrie

	männlich	weiblich	insg.
1965 D	45,1	41,4	44,3
1966 D	44,7	41,1	43,9
1967 D	43,0	39,8	42,3
1968 D	44,0	40,6	44,3
1969 D	44,8	41,0	43,0
1969 Jan.	43,9	40,7	43,2
April	44,8	41,2	44,1
Juli	45,1	41,1	44,3
Oktober	45,2	41,3	44,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1970, S. 272* und Hrg. Statistisches Bundesamt: Fachserie M, Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen, IId.)

Bemerkenswert ist das Ansteigen der Stundenzahlen mit dem Aufschwung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere 1969. 1969 war die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Industriearbeiter 0,7 Std. länger als 1968, und 1,7 Std. länger als 1967. Die tarifliche Arbeitszeit beträgt in weiten Bereichen 40 Stunden. Es wurden also beträchtliche Überstunden geleistet.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit war 1969 gegenüber 1968 um 1,6 % und gegenüber 1967 um 4,0 % gestiegen.

Die verglichen mit 1968 um etwa 4,9 % und mit 1967 um etwa 8,0 % höheren Reallohne wurden 1969 durch zusätzliche höhere Stundenzahlen von 1,6 % bzw. 4,0 % erzielt. Zu berücksichtigen ist, daß die Reallohnschätzungen Durchschnittswerte für alle lohnabhängig Beschäftigten sind. Erhebungen über die Nettolöhne der Industriearbeiter pro Woche lagen nicht vor. Die entsprechende Reallohnentwicklung konnte deshalb nicht gesondert geschätzt werden. Die Abweichungen dürften sich jedoch in einem solchen Rahmen bewegen, daß die Durchschnittszahlen als Annäherungswerte verwendbar sind.

Berücksichtigt man die Veränderung der Arbeitszeiten, so erhielten die Industriearbeiter für vergleichbare Arbeitszeiten 1969 gegenüber 1968 einen nur um etwa 3 % höheren Reallohn. Nimmt man den Zweijahreszeitraum 1968/69, so belief sich die jährliche Steigerung auf nur etwas mehr als 2 %.

Unberücksichtigt bleibt die in dieser Periode gestiegene Intensität der Arbeit.

4 Einkommens- und Vermögensverteilung

4.1 Einkommensverteilung

Die Septemberausgabe dieser INFORMATIONEN wird eine zusammenfassende Übersicht über die Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den letzten Jahren enthalten. Hier sollen nur einige Anhaltspunkte vermittelt werden.

Für das 1. Hj. 1969 stellte das DIW gegenüber dem 1. Hj. 1966 einen Fehlbestand der Nettolohnquote (Anteil der Nettolohn- und Gehaltssumme am Bruttozialprodukt) zuungunsten der Arbeiter und Angestellten von 2 v. H. fest (DIW-Wochenbericht, Nr. 38/1969, S. 248). Vergleicht man die Jahre 1969 und 1965, ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Bruttozialprodukt (BSP) zu jew. Preisen in Mrd. DM	Nettolohn- und Gehaltssumme in Mrd. DM	% Anteil der Bruttozialprodukt- und Gehaltssumme am BSP
1965	460,4	168,5	36,6
1969	601,0	206,7	33,4

(Quelle: Siehe Teil 1.4 und 3.3)

Die Nettolohnquote nahm also 1965—1969 um 3,2 Prozentanteile ab. Das bedeutet aber, daß die Arbeiter und Angestellten — hätte 1969 die Nettolohnquote des Jahres 1965 wieder erreicht werden sollen — zum Jahresende 1969 eine zusätzliche Erhöhung ihrer Nettolohn- und -gehaltssumme um etwa 20,2 Mrd. DM oder um 9,5 % hätten erzwingen müssen. Erst damit hätte die Arbeiterklasse insgesamt wieder ihren Anteil von 1965 erreicht gehabt.

Eine nähere Analyse zeigt, daß vor allem der Staat einen immer größeren Anteil der von der Arbeiterklasse geschaffenen Werte erfaßt und entsprechend seinen Zielsetzungen, die von den Interessen der Konzerne bestimmt werden und diese begünstigen, umverteilt.

4.2 Vermögensverteilung

Das Zusammenwirken der unterschiedlichen Einkommensentwicklung für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung und der kleinen Selbständigen (Handwerker, Bauern, Händler usw.) auf der einen sowie der kapitalistischen Unternehmer auf der anderen Seite mit den Preissteigerungsraten findet seinen unmittelbaren Niederschlag in der Spar- und Kapitalbildung der einzelnen Klassen. Einen Einblick in ihre unterschiedliche soziale Lage bietet ein globaler Überblick über ihre Spartätigkeit. So wurde für 1968 errechnet:

1. Fast 82 % der Sparer bei den Sparkassen verfügten nur über ca. 20 % der Einlagen, wobei diese sich höchstens auf 3000 DM, bei 50 % der Sparer sogar höchstens auf 300 DM beliefen.
2. Auf rund 14 % der Sparer entfielen 33 % der Einlagen bei Sparbeträgen von 3000 bis 10 000 DM.
3. Knapp über 4 % der Sparer vereinigten etwa 47 % der Einlagen mit einem Durchschnittsbetrag von rund 24 000 DM auf sich.
4. Bei den letzteren handelt es sich vorwiegend um private Sparer, bei denen sich Kündigungsfrist von einem bis mehreren Jahren wegen der Zinsgutschriften lohnen (ca. 36 % der Einlagen) und ferner dürften hierzu Wirtschaftsunternehmen und öffentliche Stellen zählen (ca. 10 % der Einlagen).

(Quelle: Jahresbericht 1968 des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, S. 105 f.)

Demgegenüber erwirtschafteten die öffentliche Hand und die Unternehmerwirtschaft immense Einnahmen (Kassenüberschüsse und Investitionsfinanzierungsmittel):

1. Der Bund schloß 1969 mit einem Kassenüberschuß von 1,6 Mrd. DM ab; des weiteren verbuchte er allein im Januar und Februar 1970 bereits über eine halbe Milliarde Mark an Überschüssen.
2. Die Innenfinanzierungsquote der Industrieunternehmen entwickelte sich von 1966 bis 1967 von über 67 % auf 76 % und 1968 deckten die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen ihre Bruttoinvestitionen sogar zu 93,5 %. (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundes-

bank, Nr. 3/1970, S. 20; WWI-Mitteilungen, Nr. 4/1970, S. 129).

3. Die Geldvermögen der Industrie stiegen von 1966 bis 1968 von 9 Mrd. auf 18 Mrd. (1967) und schließlich auf 22 Mrd. DM.

Daher konnten nicht nur 1969 die Investitionen per Selbstfinanzierung kräftig gesteigert werden, sondern auch für 1970 wird insgesamt ein Wachstum der Anlageinvestitionen um 13 % bei einer Selbstfinanzierungsquote von rund 80 % erwartet (Siehe Teil 1.4).

Die in diesem Jahr häufig unter dem Motto „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ abgeschlossenen Zusatztarifverträge werden infolge ihrer unzureichenden materiellen Substanz an der einseitigen Vermögensbildung zugunsten der kapitalistischen Unternehmer nichts ändern. Die offizielle Propaganda und die Unternehmerverbände sind bestrebt, diese Abschlüsse auf die kommenden Lohnrunden anzurechnen. Blicke diese Interpretation von den Gewerkschaften und den Arbeitern und Angestellten unwidersprochen, müßte das Jahr 1970 zu einem neuen Rekordjahr der Unternehmerprofile werden.

5 Zusammenfassung

Alle zum Ende des ersten Vierteljahres 1970 verfügbaren statistischen Daten weisen darauf hin, daß sich nach dem Boomjahr 1969 auch 1970 das Wirtschaftswachstum auf einem hohen Niveau vollzieht. Ein Umschlag der wirtschaftlichen Situation ist — geht man von den inneren Faktoren aus — bis in den Herbst hinein unwahrscheinlich. Eine über diesen Zeitraum hinausgehende Stabilisierung wird wesentlich von der Erhöhung der Massenkaukraft abhängen, also in erster Linie von erfolgreichen Lohnbewegungen.

Die Steigerung der Preise und der Lebenshaltungskosten setzt sich verstärkt fort und dezimiert die Einkommen der arbeitenden Bevölkerung und der Sozialrentner. Bei der gegenwärtigen Orientierung der Konzerne und der Politik der Bundesregierung muß eine Preissteigerungsrate von etwa 5 % als realistisch angesehen werden.

Die wirtschaftlichen Bedingungen für erfolgreiche betriebliche und gewerkschaftliche Lohnkämpfe sind im überschaubaren Zeitraum günstig. Die Situation der einzelnen Branchen und Unternehmen ist nicht einheitlich. Die bestehenden beträchtlichen Lohndifferenzen könnten — wie im September 1969 — ein zusätzliches wichtiges Mobilisierungsmoment der Belegschaften werden.

Lohnforderungen von etwa 15 %, die von der gestiegenen Leistungskraft der Wirtschaft, der erhöhten Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten und der Notwendigkeit der Erhöhung der Reallohnne ausgehen, entsprechen den gegenwärtigen Erfordernissen. Sie würden jedoch, wenn sie durchgesetzt würden, die in den letzten Jahren entstandene Verzerrung der Verteilung des Sozialprodukts nicht beseitigen.

Statistische Begriffe und Abkürzungen:

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungskostenindex, Preisindex) = Kennziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen Zeitraum (Berichtszeitraum) ausdrückt.

Beispiel: Für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich für 1968 = 131,2, für 1969 = 147,0. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2 % und 1969 gegenüber 1962 auf 147,0 % gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der prozentualen Steigerung. Diese beträgt im vorliegenden Fall 12,5 %, da bei Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100 gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; v. H. = von Hundert (auch %); HJ. = Halbjahr; VI. = Vierteljahr; ml. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „—“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt einer Zahl „.“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.